



Gemeinde- kirchenrats- sitzung vom 11. Juli 25

(und Sondersit-
zung vom 28.6.25)

GEMEINDEKIRCHENRAT

In einer **Sondersitzung** am 28.06. hat sich der GKR mit der zukünftigen Gestaltung der Kirchenmusik-Stelle und dem Stellenplan für 2026 beschäftigt.

Zur Kirchenmusik wurde beschlossen, dass es **nur noch eine Stelle für die Kirchenmusik** geben wird, diese jedoch in Vollzeit. Da die regionale Kantorei-Arbeit fortgeführt werden soll, wird dieser Bereich weiterhin **mit der Paulus-Gemeinde gestaltet** und von dieser auch mit anteiligen Personalmit-
teln unterstützt.

Der **Stellenplan für 2026** konnte ebenso beschlossen werden. Da sich die Finanzmittel der Gemeinde bereits im kommenden Jahr deutlich reduzieren und gleichzeitig Personalkosten steigen, musste beschlossen werden, dass Stellenanteile nach Weggang der aktuell Inhabenden **nicht mehr nachbesetzt** werden.

In der **letzten Sitzung vor der Sommerpause** hat Julian Schnorr vom **Jugendzentrum Queer Base** berichtet, dass deren Banner vor dem Eingang in der Friedrich-Franz-Straße bereits mehrmals beschädigt wurde. Der GKR unterstützt das Engagement der Queer Base und alternative Möglichkeiten der Sichtbarmachung des Banners und von Regenbogenfahnen.

Bezüglich der **Gebäudefrage** steht noch eine Grundsatzentscheidung in der **Sondersitzung am 30.08.** an, ob der Plan einer Abgabe über Erbpacht erfolgen soll oder die Gemeinde das Gebäude selber entwickeln will. Es gibt inzwischen für die Erbpacht eine interessierte Partei. Mit dieser soll, wenn möglich, noch vor der Sondersitzung ein Gespräch geführt werden, um so viele Informationen wie möglich zu bekommen.

Zum Weggang von Pfarrer Schirr ist zu berichten, dass die Ausschreibung der Stelle am 25.06. im Kirchlichen Amtsblatt veröffentlicht wurde. Die **Verabschiedung von Pfarrer Schirr wird am 02.11. stattfinden.**

Der **Konfirmationsunterricht** für den Jahrgang 2025–2027 wird, geleitet von **Diakonin Susanne Werner und Vikarin Lea Baumann**, im Oktober beginnen.

Die Sitzung endete um 21:15 Uhr mit Gebet und Segen.

Anna Heyert

Auf atomare Abschreckung kann nicht verzichtet werden

Michael Haspel
(epd-bild/M. Lena Haspel)

epd-Gespräch: J. Bayer-Grimm



Die europäischen Nato-Mitglieder brauchen nach den Worten des evangelischen Theologen Michael Haspel derzeit die Abschreckung durch Atomwaffen. Deutschland könne entsprechend nicht auf die atomare Teilhabe verzichten, sagte Haspel, der systematische Theologie an den Universitäten Erfurt und Jena lehrt. Bei der atomaren Teilhabe Deutschlands sei eher die Frage, ob die US-Regierung daran festhalte.

Ethisch handle es sich hier um eine „dirty hand situation“ (schmutzige-Hand-Situation), erklärte Haspel: Einerseits sei der Besitz von Atomwaffen wegen ihrer verheerenden Wirkung nicht zu rechtfertigen, andererseits „sehe ich nicht, dass wir kurzfristig herauskommen: Wir brauchen eine glaubwürdige Abschreckung. Das ist die **Lehre aus dem Krieg Russlands gegen die Ukraine seit 2014.**“ Wenn ein Aggressor nicht mit Gegenwehr rechne, werde er zum Krieg ermutigt.

Pazifismus kann nicht als poli- tische Ethik dienen

Die in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bislang gültige Friedensdenkschrift von 2007 formuliert, dass die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als

Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden könne. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine 2022 arbeitet eine Redaktionsgruppe der **EKD an einer Neuformulierung der Friedensethik.** „Hiroshima soll nie wieder passieren“, bekräftigte Haspel. „Aber ob der Weg über einen einseitigen Verzicht auf Atomwaffen wirkt gegenüber revisionistischen Mächten, die zu kriegerischen Mitteln bereit sind, stelle ich infrage.“

Der pazifistische Impuls im Christentum sei wichtig, um daran zu erinnern, dass Gewalt immer problematisch sei, sagte der Theologe. Pazifismus sei als eine individuelle Entscheidung christlich völlig legitim. Er könne aber nicht als politische Ethik dienen, die Verantwortung fürs Gemeinwesen übernimmt. „Es wäre eine Katastrophe für das europäische Sicherheitssystem, wenn Staaten ungestraft Gewalt anwenden könnten und die Opfer ohne Hilfe blieben.“

Auch Diplomatie und Friedens- dienste stärken

Die Friedensdenkschrift der EKD von 2007 hat sich nach den Worten Haspels mit dem Leitbild des gerechten Friedens im Kern bewährt. Zur Konfliktbewältigung sollten demnach gewaltfreie Mittel den Vorrang vor militärischen genießen und das Völkerrecht internationale Konflikte regulieren. Einige Punkte müssten aber neu oder erstmals bedacht werden, führte der Theologe an. Angesichts einer Situation, in der die Weltmächte Russland, China und USA sich nicht mehr an internationales Recht hielten oder es beschädigten, werde die Leistungsfähigkeit des internationalen Rechts in der Denkschrift überschätzt.

Nach christlicher Ethik müsse die Fähigkeit zur Verteidigung und Abschreckung gestärkt werden, dabei sollte jede Aufrüstung immer mit einem Angebot zur Rüstungskontrolle und Abrüstung verbunden werden. Daneben müssten auch zivile Methoden der Konfliktbearbeitung wie Diplomatie und Friedensdienste gestärkt werden, resümierte Haspel: „Friedensethik und Sicherheitspolitik gehören zusammen.“

Auszüge vom epd-Ticker vom 10.8.2025